

In dieser Ausgabe:

- 2 Drogenabhängige auf dem Hermannplatz.** „Helfen und nicht verdrängen“, kommentiert Sylvia Stelz die Neuköllner BVV-Debatte.
- 5 „Das ‚Bildungspaket‘ ist bürokratisch und verunsichert die betroffenen Familien.“** Meint Thomas Licher.
- 6 So funktioniert der Atomausstieg.** DIE LINKE: Abschalten bis 2014.
- 6 Polizei schikanierte Kurden.** Gülay Karaslaan und Irmgard Wurdack berichten.
- 7 „48-Stunden-Neukölln“.** Darf Kunst Luxus sein?
- 8 Pädagogen statt Wachschutz.** DIE LINKE fordert, das Geld für Sozialarbeit an Schulen auszugeben.

Volksbegehren für mehr Hortplätze

DIE LINKE.Berlin unterstützt das Volksbegehren Grundschule.

DIE LINKE will, dass das Recht auf eine Ganztagsförderung für alle Grundschul Kinder umgesetzt wird. Viele Forderungen des Volksbegehrens entsprechen denen im Wahlprogramm der LINKE. Zum Beispiel die Abschaffung der Bedarfsprüfung, die Schließung der Hortlücke oder schrittweise Ausstattungsverbesserungen bei Erzieherinnen und Erziehern in Grundschulen. Auch wenn DIE LINKE in Details andere Auffassung hat, komme es gerade nach der gescheiterten Einigung mit der SPD darauf an, das Volksbegehren zu unterstützen, meint LINKE-Landesvorsitzender Klaus Lederer.

DIE LINKE.
Bezirksverband Neukölln



Der Neuköllner Norden galt noch vor wenigen Jahren als „abgeschrieben“. Inzwischen gelten Kieze wie rund um den Reuterplatz an angesagte Wohngegenden – mit sprunghaft steigenden Mieten.

In den letzten zwei Jahren sind die Mieten jährlich um 4 Prozent gestiegen. Das geht aus dem Mietenspiegel 2011 hervor.

Was jeder gespürt hat ist damit bestätigt: Die Mieten steigen schneller als Löhne und Renten. In der Innenstadt führt das zu sozialer Verdrängung. Es betrifft insbesondere kleinere Wohnungen, bei denen die Nettokaltmieten im Berliner Durchschnitt mit 5,87 Euro je Quadratmeter deutlich über dem Mittelwert liegen. Tendenz weiter steigend. Im Reuterkiez sind zum Beispiel die Mieten für neu vermietete Wohnungen um rund 17 Prozent gestiegen.



Mit den Quartiersmanagern von der Ganghoferstraße berieten LINKE-Politiker über die Wohnsituation im Kiez.

Im Mai berieten Mitglieder des Bezirksvorstands DIE LINKE.Neukölln sowie der wohnungspolitische Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Uwe Doering, mit Aktiven des Quartiersmanagements Ganghoferstraße über die Entwicklung der

Wohnsituation. Ergebnis: Noch gibt es keine soziale Verdrängung im Kiez durch gezielte Entmietung und Luxusmodernisierung. Aber jede Wohnung, die neu vermietet wird, treibt die Mieten nach oben. Deshalb ist es ein Ziel des Quartiersmanagements, die Bewohner im Kiez zu halten. Gründe, um dem Wohngebiet den Rücken zu kehren, sollen abgebaut werden. Benötigt werden aber zusätzliche Instrumente, um die Mieten zu stoppen. Dafür hat DIE LINKE im Abgeordnetenhaus konkrete Vorschläge erarbeitet. Darüber hinaus hat die Linksfraktion im Bundestag ein Achtpunkteprogramm zum Mietrecht vorgelegt, das Mieterrechte schützen soll. Denn über das Mietrecht wird im Bundestag entschieden.

Ausführlich auf Seite 3

Helfen und nicht verdrängen

Kommentar zur Großen Anfrage der Linksfraktion in der Neuköllner BVV am 25. Mai zum Thema „Drogenabhängige auf dem Hermannplatz“

Eigentlich könnten doch alle zufrieden sein. Laut „fixpunkt“ gibt es keine Kontakte mehr zu Drogenabhängigen auf dem Hermannplatz.

Die Drogenszene ist weg, der Wochenmarkt kann wie gewohnt stattfinden, niemand wird mehr belästigt und keiner sieht dort mehr das Elend dieser Welt. Die Polizei hat hier wirklich gut gearbeitet. Durch ihr massives und rigoroses Vorgehen sind die Drogenabhängigen weg.

Sie haben sich nicht etwa in Luft aufgelöst, sondern sie sind an andere Orte verdrängt worden. Einige wieder zurück zum Kottbusser Tor, die anderen aber und das sind nicht wenige, halten sich derzeit vermehrt vor dem U- und S-Bahnhof Neukölln auf. Die Ansammlung hier ist als sehr brisant anzusehen, da sich Drogenabhängige, Alkoholiker und Obdachlose mischen. Die Kontakte der mobilen Einsatzgruppe vom „fixpunkt“ sind an diesem Ort rasant gestiegen.

Jetzt gibt es wieder zwei Varianten, aber ich gehe davon aus, dass



Vignette: Franz Zauleck

hier das gleiche passiert, wie auf dem Hermannplatz, nämlich massive Verdrängung. Das kann aber nicht die Lösung sein.

Im Gesundheitsausschuss am 2. Februar 2011 haben wir lang und breit mit der Drogenbeauftragten Berlins, mit Vertretern von „fixpunkt“ und mit der Polizei diskutiert, um eine wirkliche Lösung zu finden, denn wir waren uns einig, unsere Aufgabe besteht nicht in der Verdrängung, sondern im Angebot von Hilfsmaßnahmen.

Wir fassten damals einstimmig den Beschluss mit der Drs.-Nr. 1749/XVIII

Der Ausschuss empfiehlt der BVV die Annahme der Beschlussempfehlung in folgender Fassung:

Der Ausschuss für Bürgerdienste und Gesundheit bittet das Bezirksamt sich dafür einzusetzen, dass die Fixpunkt gGmbH – gemeinnützige Gesellschaft für Gesundheitsförderung und sozialintegrierende Hilfen für Suchtmittelabhängige mbH – ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt regelmäßig zunächst mindestens einmal wöchentlich auf der Hermannstraße (westliche Seite, ungefähr in Höhe der Häuser Nr. 1, Nr.4 oder Nr. 5) ihr Präventionsmobil für die übliche Dauer eines Tageseinsatzes aufstellt, um dort Hilfe für suchtmittelabhängige Menschen anzubieten.

Obwohl sich der Gesundheitsausschuss einig war, wurde die Beschlussfassung vor der Abstimmung nachträglich in den Ausschuss für Verkehr und Tiefbau überwiesen, um zu prüfen, ob da überhaupt ein Bus stehen darf. Dort liegt die Vorlage immer noch.

Das Anliegen hat sich ja nun eigentlich erledigt, denn wenn sich keine Drogenabhängigen mehr auf dem Hermannplatz aufhalten, brauchen wir den Präventionsbus dort nicht mehr.

So kann man Probleme auch lösen und ich habe so langsam das

Gefühl, das wird im Bezirk zur Methode.

Schaffen wir uns ein „sauberes“ Neukölln, ohne Drogenabhängige, ohne Mieter an der Armutsgrenze und damit auch ohne Problemkinder, lassen den Verkauf städtischer Wohnungen und steigender Mietpreise zu, bauen wir viele Townhouses, genehmigen Luxusmodernisierungen und so weiter und so weiter.

Eigentlich auch eine schöne Vision, aber unter den derzeitigen gesellschaftlichen Bedingungen eben nur eine Utopie, weil die Menschen diese Utopie erschaffen müssen und zwar in seiner Gesamtheit, ohne Verdrängung oder Ausschluss einiger Weniger.

Sollte diese Art des Umgehens mit den Menschen die neue Politikrichtung Neuköllns werden, dann muss die SPD auch den Mut haben, den Bürgerinnen und Bürgern bzw. den Wählern es so ins Gesicht zu sagen.

Anders kann ich es nicht deuten was derzeit hier abläuft. Oder ist es nur eine miese Masche des Wahlkampfes (die Realität wird sie sehr schnell genug wieder einholen!), Gleichgültigkeit, oder auch Scheinheiligkeit?

Auf der einen Seite wird so getan, als ob man die Probleme ernst nimmt und angehen will, aber im gleichen Atemzug wird anders agiert.

Kurz nach der BVV-Sitzung veranstaltete das Bezirksamt zum Beispiel die Fachtagung „Neuköllner Sucht Perspektiven“. Da trafen sich viele Akteure und soziale Träger des Bezirkes, um unter anderem darüber zu diskutieren, wie weiter mit der Suchtproblematik im Bezirk. Es wurde die Möglichkeit und auch die Notwendigkeit der Bereitstellung unterschiedlicher Hilfen, wie unterschiedliche, weiterführende bis hin zur stationären Hilfen für Suchtkranke beraten und das schon vorhandene soziale Netzwerk gefestigt und auch erweitert.

Wozu frag ich mich, wenn der Bezirk insgeheim einen Pakt mit der Polizei geschlossen hat, um diese Probleme durch die kalte Küche zu lösen?

Sylvia Stelz
Fraktionsvorsitzende DIE LINKE
in der BVV-Neukölln



Fotos: KDH

„Auf Wunsch des Bürgermeisters“ wurden durch Polizeipräsenz und Gitter Drogenabhängige vom Hermannplatz vertrieben.



Der Regierende Bürgermeister Wowereit (SPD) hält steigende Mieten für ein Zeichen wachsenden Wohlstands. DIE LINKE, Neukölln fordert: Löhne auf, Mieten runter! Wohnungen dürfen nicht wie eine Ware gehandelt werden und der Profitmaximierung von Eigentümern und Fondsgesellschaften dienen.

Mietspiegel 2011: Mieten müssen gestoppt werden!

Die Zahlen des neuen Mietspiegels sprechen eine klare Sprache: Die Mietspiegel-Mieten sind seit 2009 jährlich um vier Prozent gestiegen.

Dass Berlin im Vergleich mit Hamburg oder München da noch gut aussieht, kann kein Trost sein und sollte nicht dazu dienen, die Dynamik der Mietsteigerungen schönzureden.

Die Tendenz ist seit langem absehbar und hat in besonders betroffenen Gebieten der Innenstadt schon zu Verdrängung und Entmischung geführt. Im Reuterkiez sind zum Beispiel die Mieten für neu vermietete Wohnungen um rund 17 Prozent gestiegen. Dies betrifft insbesondere die kleineren Wohnungen, bei denen die Netto-Kaltnieten im Berliner Durchschnitt mit 5,87 Euro je Quadratmeter deutlich über dem Mittelwert liegen. Besonders einkommensschwache Haushalte sind auf solche Wohnungen angewiesen.

DIE LINKE fordert seit Jahren, hier aktiv gegenzusteuern. Wenn die SPD – die immer von einem „entspannten Wohnungsmarkt“ gesprochen hat – jetzt öffentlich ankündigt, diesen Kurs nun mitzutragen, sollte es noch in den nächsten Wochen zu konkreten gemeinsamen Schritten kommen können:

DIE LINKE fordert einen zehnjährigen Kündigungsschutz bei Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und eine Ausdehnung dieses umfassenden Mieterschutzes auf weite Gebiete Berlins.

DIE LINKE erwartet eine schnelle Regelung, die Zweckentfremdung von Wohnraum endlich nachhaltig unterbindet.

DIE LINKE will neue Belegungs- und Mietpreisbindungen, die sichern, dass auch Mieterinnen und Mieter mit geringerem Einkommen und in besonderen sozialen Lagen bezahlbaren Wohnraum in allen Teilen der Stadt finden können.

Diese Schritte sind unverzichtbar, damit Berlin nicht nur Mieterstadt, sondern eine Stadt für alle Mieter bleibt.

Zum Berliner Mietspiegel mit Online-Abfrage: www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/mietspiegel/

Foto: KDH

DIE LINKE: Acht Punkte für ein neues Mietrecht

Das Mietrechtssystem muss dringend zugunsten der Mieter reformiert werden.

Das aktuelle Mietrecht ermöglicht höhere Mieteinnahmen für die Vermieter und degradiert die Mieter zu abhängigen Tributpflichtigen. DIE LINKE hat ein Acht-punkteprogramm für ein sozial gerechtes Mietrecht als Antrag in den Bundestag eingebracht, dessen Kernforderung die wirksame Begrenzung

der Mietenentwicklung ist. Darin fordert DIE LINKE konkret: 1. Bundesweit werden qualifizierte Mietspiegel sowie Betriebs- und Heizkostenspiegel eingeführt. 2. Ohne wohnwertverbessernde Maßnahmen sind Mieterhöhungen nur als Inflationsausgleich zulässig. 3. Die Wohnkosten dürfen höchstens 30 Prozent des Nettoeinkommens betragen. Das Wohngeld wird jährlich so angepasst, dass Mietsteigerungen ausgeglichen werden. 4. Die Modernisierungumlage wird auf fünf Prozent begrenzt. 5. Energie-

technische Sanierungsmaßnahmen und barrierefreie Umbauten werden durch einen Rechtsanspruch auf öffentliche Förderung erleichtert. 6. Durch energetische Sanierungen dürfen keine unzumutbaren Härten für Mieter entstehen. 7. Die Bundesregierung gewährleistet im Rahmen der öffentlichen Förderung von Modernisierungsmaßnahmen eine kostenlose Mieter- und Energieberatung. 8. Zur Vermeidung von Obdachlosigkeit ist eine ersatzlose Räumung der Wohnung nach Kündigung nicht zulässig.



Karneval der Kulturen

4.800 Tänzer, Trommler und Musiker vieler Nationen formierten sich Pfingstsonntag am Hermannplatz zum Umzug des Karnevals der Kulturen und 750.000 Menschen wirkten am Straßenrand mit. DIE LINKE.Neukölln war auf dem Hermannplatz präsent. Eröffnet wurde der Zug letztmalig durch die deutsch-brasilianische Rhythmusgruppe „Afoxé Loni“. Aus Protest gegen die fehlende finanzielle Unterstützung hat sie ihren Rückzug angekündigt. Seit vorigem Jahr fördert die Senatssozialverwaltung das Spektakel mit 270.000 Euro. Das reicht nach Angaben der Veranstalter gerade für Logistik wie Toiletten, Straßensperrungen und Müllentsorgung.

Foto: KDH

Solidarisch mit Charité-Streik

Während des bundesweit beachteten Streiks am Berliner Universitätsklinikum Charité im Mai erklärte DIE LINKE.Neukölln bei den Aktionen der Beschäftigten ihre Solidarität.

Durch den Streik konnte erreicht werden, dass der überwiegende Teil der Beschäftigten bis zum Dezember 2014 das Niveau des bundesweit geltenden Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes erreicht. Bereits zum 1. Juli 2011 erhalten die Beschäftigten 150 Euro pro Monat mehr. Zum 1. Juli 2012 kommen noch einmal 50 Euro dazu. Ab 2013 folgt eine prozentuale Anhebung, die sich an dem dann geltenden TVÖD-Niveau orientiert, im Dezember 2014 werden 100 Prozent erreicht sein.

Gestreikt wurde auch bei CFM (Charité Facility Management, ei-

nem ausgegliederten, teilprivatisierter Bereich für Transport, Reinigung und Wachschutz). Hier weigerte sich das Management überhaupt Tarifverträge für diese 2.500 Beschäftigten abzuschließen. Mit Dumpinglöhnen von teilweise nur 5,50 Euro sollen Profite auf Kosten der Beschäftigten gemacht werden. Der Arbeitskampf geht dort weiter, der Streik wurde allerdings ausgesetzt. Vorgesehen ist hier, dass ab Ende Mai Tarifverhandlungen aufgenommen werden.

DIE LINKE.Neukölln forderte den Senat auf, auf die Geschäftsleitung der CFM einzuwirken, dass der Einsatz von Streikbrechern unterbunden wird, eine Notfallvereinbarung für die Versorgung der Patienten mit den Gewerkschaften für die Dauer des Streiks abgeschlossen wird und ein verhandelbares Tarifangebot vorgelegt wird. Die Teilprivatisierung müsse rückgängig gemacht werden.

Termine: DIE LINKE.Neukölln

Mitgliedervollversammlung DIE LINKE.Neukölln

Montag, 4.7., von 18 bis 21 Uhr
im Versammlungsraum des Vereins KUBUS in der Teupitzer Straße 39 in 12059 Berlin (S Sonnenallee).
Gemeinsam wollen wir diskutieren, weshalb es sinnvoll ist, für DIE LINKE Wahlkampf zu führen und über verschiedene Formen des Wahlkampfes beraten.
Der Bezirksvorstand schlägt folgende vorläufige Tagesordnung vor:
1. Begrüßung und Konstituierung,
2. Wahlkampf in Neukölln,
3. Anträge,
4. Termine und Ankündigungen.
Alle Mitglieder des Bezirksverbandes sind rede- und stimmberechtigt.
Bei Bedarf kümmert sich der Bezirksvorstand für den Zeitraum der Versammlung um eine Kinderbetreuung. Bitte zeige diesen Bedarf frühzeitig an.

Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand Neukölln tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.
Donnerstag, 23.6., 19 Uhr
Donnerstag, 7.7., 19 Uhr
Donnerstag, 21.7., 19 Uhr
Donnerstag, 4.8., 19 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

Offenes Wahlkampfteam

Das Wahlkampfteam der Neuköllner LINKEN trifft sich bis Mitte August alle zwei Wochen. Danach bis zum 18.9. wöchentlich. Gäste sind herzlich willkommen. Die nächsten Termine:
Mittwoch, 29.6., 19 Uhr
Mittwoch, 13.7., 19 Uhr
Mittwoch, 27.7., 19 Uhr
Mittwoch, 10.8., 19 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Hermannstraße

Mittwoch, 22.6., 19 Uhr
Treffen der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29
Thema: Wahlkampf in Neukölln
Mittwoch, 13.7., 19 Uhr
Mittwoch, 27.7., 19 Uhr
Treffen der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29
Info-Stände jeden Sonnabend von 11 bis 13 Uhr vor dem Kindl-Boulevard in der Hermannstraße.

BO Reuterkiert

Dienstag, 14.6., 19 Uhr
Montag, 11.7., 19 Uhr
Treffen der Basisorganisation, Allmende, Kottbusser Damm 25/26

BO Rixdorf

Donnerstag, 16.6., 19 Uhr
Versammlung der Basisorganisation.
Thema: Antonio Gramsci - Ideen des parlamentarischen Agierens
DIE LINKE, Richardplatz 16
Donnerstag, 30.6., 19 Uhr
Versammlung der Basisorganisation.
Thema: Wahlkampf in Neukölln
DIE LINKE, Richardplatz 16
Donnerstag, 14.7., 19 Uhr
Versammlung der Basisorganisation.
Thema: Die Situation in Griechenland angesichts der Schulden und Sparpolitik, Stephan Lindner (Attac)
DIE LINKE, Richardplatz 16
Donnerstag, 28.7., 19 Uhr
Versammlung der Basisorganisation.
DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Süd

Dienstag, 14.6., 18 Uhr
Treffen der Basisorganisation Süd im Clubraum II des Gemeinschaftshauses Gropiusstadt am Lipschitzplatz.
Thema: Der Euro in Krise - Wie verhalten wir uns als Linke angesichts der

Proteste von Portugal bis Griechenland? Referent: Christian Posselt.

Dienstag, 21.6., 18 Uhr,
Info-Stand der Basisorganisation Süd am Bat-Yam-Platz.

Dienstag, 28.6., 18 Uhr
Info-Stand der Basisorganisation Süd am Bat-Yam-Platz.

Dienstag, 5.7., 18 Uhr
Treffen der Basisorganisation Süd im Clubraum II des Gemeinschaftshauses Gropiusstadt am Lipschitzplatz.

Thema: Was sind unsere wichtigsten Botschaften im Wahlkampf und wie vermitteln wir sie?

Dienstag, 12.7., 18 Uhr
Info-Stand der Basisorganisation Süd am Bat-Yam-Platz.

Dienstag, 19.7., 18 Uhr
Treffen der Basisorganisation Süd im Clubraum II des Gemeinschaftshauses Gropiusstadt am Lipschitzplatz.

Dienstag, 26.7., 18 Uhr
Info-Stand der Basisorganisation Süd am Bat-Yam-Platz.

AG Hartz IV

Mittwoch, 13.7., 17.30 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

AG Kultur

Montag, 4.7., 19 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

Kostenlose Hartz-IV-Beratung

Mittwoch, 13.7., 14 bis 16 Uhr
Mittwoch, 27.7., 14 bis 16 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

Erwerbsloseninitiative Neukölln

Dienstag, 21.6., 11 bis 14 Uhr
Dienstag, 5.7., 11 bis 14 Uhr
Dienstag, 19.7., 11 bis 14 Uhr
Erwerbslosenfrühstück
DIE LINKE, Richardplatz 16

Politisches Sommerkino in Neukölln

Freitag, 24.6., 19 Uhr
„Was geht mich das an?!“
Film über (Mehrfach-)Diskriminierung im Alltag.
Freitag, 29.7., 19 Uhr
„Empire St. Pauli“
Film über soziale Verdrängung
DIE LINKE, Richardplatz 16

Ausstellung:

„Vom KZ Columbiahaus zur Zwangsarbeit auf dem Tempelhofer Feld“, noch bis zum 1. Juli in der Mediengalerie, Dudenstraße 10, 10965 Berlin

Aktionstag des Bezirksverbands DIE LINKE.Neukölln

30.7. ab 10 Uhr

Wir wollen unsere Wahlkampfplakate aufhängen und so das Stadtbild Neuköllns mit unseren politischen Botschaften schmücken. Wir treffen uns in unserem Ladenlokal am Richardplatz 16 zum Frühstück. Bei Kaffee und Tee besprechen wir zusammen den Ablauf des Aktionstags. Anschließend schwirren wir in Kleingruppen in die Kieze des Bezirks aus. Am Nachmittag, gegen 15 oder 16 Uhr, kommen wir erneut am Richardplatz zusammen und werten bei leckerer Suppe und Brot unsere Aktion aus. Bitte merke Dir diesen Termin bereits heute vor. Du bist herzlich willkommen!

Weitere Termine im Internet:
www.die-linke-neukoelln.de



Foto: KDH

Wir sind viele, wir sind laut ...

Ob Gewerkschaftsjugend, auf unserem Bild am 1. Mai, oder Schüler: Jugendliche kämpfen um ihre Zukunft. Mehrere tausend Schüler/-innen, Eltern und Lehrer/-innen haben am 9. Juni für bessere Lern- und Arbeitsbedingungen an den Berliner Schulen demonstriert. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) forderte bessere Bedingungen an den Schulen, die Schüler/-innen verlangten nach kleineren Klassen. DIE LINKE unterstützt viele der Forderungen. Bessere Bedingungen für Lehrende, Lernende und Eltern gehören zu den zentralen Wahlaussagen der LINKEN.

Wieder ein Paket, ein Paket, ein Paket!

Das „Bildungspaket“ ist bürokratisch und verunsichert die betroffenen Familien

Das von der Bundesregierung Anfang des Jahres verabschiedete Paket zu Verbesserung der Bildungschancen von Kindern aus einkommensschwachen Familien wird bisher kaum angenommen.

Es entwickelt sich zur zu einem unwirksamen und bürokratischen Monstrum, was eher ein mediales Alibi der konservativen Familienministerin ist, als eine wirkliche Hilfe für Schülerinnen und Schüler aus Hartz-IV-Haushalten. Die Jobcenter müssten die Zuschüsse für den Schulbedarf, das BVG-Ticket und Klassenfahrten den ca. 170.000 Berliner Kindern gewähren. Aber nach wie vor fehlen

noch rechtliche Grundlagen, damit die Jobcenter Bescheide erlassen können.

Hauptursache für die weiterhin mangelhafte gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, war die Umsetzung der Agenda 2010 von SPD und Grüne. Die derzeitige Bundesregierung von CDU und FDP hat die Hartz-IV-Regeln nochmals massiv verschärft.

Erst durch das höchstrichterliche Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurde das konservative Familienministerium gezwungen, eine Verbesserung der Bildungschancen von Kindern aus einkommensschwachen Familien anzustreben. Dabei wurde das Ziel einer dauerhafte Bildungsgerechtigkeit nicht wirklich verfolgt, sondern nur dem Richterspruch Rechnung getragen. Bei dem Thema Nachhilfe ist z.B. ein sehr bürokrati-

sches Antragsverfahren eingeführt worden, weshalb bisher kaum Hilfen in Anspruch genommen worden sind. Zusätzlich wird bei der Nachhilfe die weitere Verlagerung von Bildungsleistungen an privatwirtschaftlich arbeitende Einrichtungen umgesetzt, anstatt den speziellen Förderbedarf in den Schulen direkt abzudecken.

Auch in Neukölln haben viele Kinder und Jugendliche Anspruch auf Hilfe aus dem „Bildungspaket“. Beispielsweise haben am Albert-Schweizer-Gymnasium ca. 65 Prozent der 700 Schüler Anspruch auf Leistungen aus dem „Bildungspaket“, aber bisher wurde dort noch keine einzige konkrete Nachhilfeleistung bewilligt.

Sollte das „Bildungspaket“ in Zukunft wirklich stärker nachgefragt werden, bedeutet das eine massive Mehrarbeit für die Schulsekreta-

riate. Es ist eher zu befürchten, dass ein großer Teil der finanziellen Aufwendungen bei den Betroffenen nicht ankommt und statt dessen durch das sehr bürokratische Verfahren aufgefressen wird, ohne dass es zu einer spürbaren Verbesserung der Lernsituation kommt.

Die LINKE.Neukölln tritt für flächendeckende Gemeinschaftsschulen mit gebundenem Ganztagsbetrieb ein. Innerhalb dieser Schuform kann am besten eine schülerdifferenzierte, individuelle Förderung des Einzelnen erfolgen. Und selbstverständlich soll die Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe dort in der Schule erfolgen.

Um für alle eine gute Schule zu bekommen, sollten bei den Wahlen am 18. September alle drei Stimmen für DIE LINKE abgegeben werden.

Thomas Licher

DIE LINKE. mach mit!

**Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht:
Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.**

Nimm Kontakt zu uns auf:

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0176 296 492 75,
ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0178 851 28 71
irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:

DIE LINKE.Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030/61359 19

Neu-Köllnisch · 6/2011 - JUNI/JULI

www.die-linke-neukoelln.de

DIE LINKE Berlin-Neukölln

Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon:.....

So funktioniert der Atomausstieg

DIE LINKE schlägt vor: Abschalten bis 2014

Ginge man konsequent, umweltbewusst und durchdacht an den Atomausstieg heran, müssten die AKW lieber gestern als heute abgeschaltet werden.

Wenn es kein Endlager gibt, sollte doch wenigstens wegen der Jahrtausend währenden Strahlung der Brennstäbe zugesehen werden, dass kein neuer Müll anfällt. Deswegen spricht sich DIE LINKE dafür aus, die Atomkraftwerke bis 2014 komplett vom Netz zu nehmen. Wie?

1. Die sieben ältesten AKWs – Biblis A, Neckarwestheim 1, Biblis B, Brunsbüttel, Isar 1, Unterweser und Philippsburg 1 – und das Pannenberg-AKW Krümmel sind sofort und auf Dauer stillzulegen. Gleiches gilt für das wegen seiner Lage in einem

Erdbebengebiet gefährdete AKW Neckarwestheim 2 sowie die AKWs Grundremmingen B und C.

2. Die übrigen Atomkraftwerke werden bis zum Ende des Jahres 2014 stillgelegt. 2012: AKW Brokdorf und AKW Philippsburg 2. 2013: AKW Grohnde und AKW Grafenrheinfeld: 2014: AKW Isar 2 und AKW Emsland. Die Bundesregierung muss umgehend ein Atomausstiegsgesetz gemäß Punkt 1 und 2 vorlegen.

3. Verankerung des Verbots der Nutzung von Atomenergie und Atomwaffen im Grundgesetz.

4. Beibehaltung des Einspeisevorrangs und wirkungsvoller Vergütungssätze für Strom aus erneuerbaren Energien, Erstellung eines Bundesfachplans Netzbau sowie Förderung der Entwicklung und Etablierung effizienter Speichertechnologien. Energieeffizienz-Offensive: ambitionierte, verbindliche Standards für den Energieverbrauch

stromverbrauchender Geräte und industrieller Prozesse; Einführung eines Energiesparfonds (2,5 Mrd. Euro/a) mit speziellen Förderprogrammen für einkommensschwache Haushalte. Klimagerechter Umbau des Kraftwerksparks durch ein Kohleausstiegsgesetz.

5. Einführung einer wirksamen und handlungsfähigen staatlichen Strompreisaufsicht; Wiedereinführung der Börsenaufsicht für den Spotmarkt im deutschen Strommarkt bzw. über alle Spotmärkte auf EU-Ebene; schärfere Ahndung des Insiderhandels an Strombörsen (Straftatbestand). Erhöhung der Brennelementesteuer zur Abschöpfung der Extraprofiten aus dem Emissionshandel und Überführung der AKW-Rückstellungen in einen öffentlich-rechtlichen Fonds. Verbot von Stromsperrern, verbindliche Einführung von Stromsozialtarifen und Unterstützung von niedrigen Ein-

kommen beim Kauf stromsparender Geräte.

6. Initiativen für die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen an den Atomkraftwerksstandorten durch regionale Wirtschaftspolitik. Wende in der Beschäftigungspolitik der Erneuerbaren-Branche hin zu tariflicher Entlohnung, Sicherstellung gewerkschaftlicher Rechte und Guter Arbeit.

7. Überführung der Energienetze in die öffentliche Hand, Rekommunalisierung der Energieversorgung und Förderung von Energiegenossenschaften. Beiräte aus Umwelt- und Verbraucherverbänden, Gewerkschaften und Mandatsträger/-innen u.a. begleiten mit verbindlichen Mitbestimmungsrechten den Energiewendeprozess auf allen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen).

www.linksfraktion.de/positionspapiere/sieben-schritte-unverzueglichchen-unumkehrbaren-atomausstieg/

Polizei schikanierte Kurden

Die Berliner Polizei versuchte bei einer Kundgebung gegen die derzeitige Eskalation der Kurdenpolitik der türkischen Regierung am 21. Mai in Neukölln, mehrere hundert Menschen massiv einzuschüchtern und zu kriminalisieren.

So zwang die Polizei den Moderator der Auftaktkundgebung, sein traditionelles kurdisches Gewand auszuziehen. Die Begründung: es handle sich um eine Guerillauniform. Einer der Organisatoren des Protests bemerkte, dass der Präsident der kurdischen Autonomieregion im Nordirak, Barzani, sich bei Staatsbesuchen in Berlin vermutlich ebenfalls in Acht nehmen müsse, sollte er erneut mit Pluderhosen und Turban im Kanzleramt erscheinen.

Darüber hinaus durfte pro 50 Demonstrationsteilnehmern nur ein Bild des in der Türkei inhaftierten Abdullah Öcalan gezeigt werden – vorausgesetzt, dass Öcalan weder eine militärische Kleidung noch ein blaues Hemd trug und die Bilder nicht auf Fahnenstoff gedruckt waren. Das Verhalten und martialische Auftreten

der Berliner Polizei sind ein Beleg für Merkels Komplizenschaft mit dem türkischen Staat.

Deutschland ist einer der wichtigsten Unterstützer bei der Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung in der Türkei durch den dortigen Staatsschutz. In Kurdistan werden deutsche Waffen bei der Verletzung von Menschenrechten, bei Kriegsverbrechen und der Zerstörung von Landschaften eingesetzt. In den vergangenen fünf Jahren haben deutsche Firmen ihre Rüstungsexporte fast verdoppelt, die Türkei ist dabei mit 15,2 Prozent wichtigster Abnehmer. Diese Entwicklung ist ungebrochen, obwohl sogar der Bundestag den Einsatz chemischer Waffen durch das türkische Militär gegen kurdische Guerillas thematisiert hat und die Zahl der politischen Gefangenen in der Türkei seit Ende der 90er Jahre ihren höchsten Stand erreicht hat.

Davon unbeeindruckt versprach Merkel der Türkei erst 2010 weitere 56 Leopard-II-Panzer, die zweifellos gegen die Zivilbevölkerung in Kurdistan eingesetzt werden. Und nach Deutschland geflohene politisch aktive Kurden werden auch hierzulande kriminalisiert – diesmal von der Berliner Polizei.

Gülay Karaslaan, Irmgard Wurdack



Trotz Polizeischikanen demonstrierten mehrere hundert Menschen auf dem Kottbusser Damm gegen die Kurdenpolitik der türkischen Regierung. In Solidarität verbunden, Mitglieder der LINKEN.



Fotos: KDH



Darf Kunst Luxus sein?

560 Angebote an 330 Orten: Neukölln lebt und es ist auch keine (Kultur-)Wüste mehr

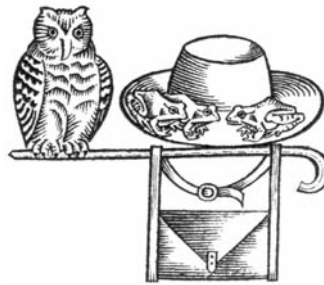
Kunst und Kultur hat in Neukölln ungeheure Potentiale. Beim Kulturfestival „48-Stunden-Neukölln“ werden sie vom 17. bis 19. Juni erlebbar.

In diesem Jahr haben die Initiatoren vom Kulturnetzwerk Neukölln e.V. das Motto „Luxus Neukölln“ gewählt. Ein umstrittenes Leitbild, das der Erklärung bedarf. Sie verbinden mit dem Motto die Fragen: Ist Kunst Luxus? Darf Kunst Luxus sein? Muss es sich „die Gesellschaft“ nicht leisten, Kultur stärker zu unterstützen? Und sie wollen den Traum vom „Luxus Neukölln“ konkret machen: „Jeder, der will, hat Arbeit – und kann davon leben. Auf EINEM Arbeitsmarkt.“

Ein zentraler Punkt von 48-Stunden-Neukölln ist die Passage zwischen Karl-Marx-Straße und Richardstraße. Hier gibt es alle Informationen.

Für alle Nord-Neuköllner Kieze wurden spezielle Flyer entwickelt, in denen alle Kunstaktionsorte und die Zeiten der Veranstaltungen zusammengetragen wurden. Ein individueller Plan kann mit Unterstützung durch das Internetportal www.48stunden-neukoelln.de/2011/programm.html zusammengestellt werden.

Hier ein paar Tipps: Auf der Promenade vor dem Schillerpalais, präsentiert das SchillerKiezTheater Szenen von, mit und für Menschen aus dem Kiez. Auftritt am Sonnabend und Sonntag jeweils um 16 Uhr.



„Matthias Claudius und line claudius in Berlin-Neukölln“ im Zelt vor der Hertzbergstraße 32 am Richardplatz. Liederabend, Lesungen und Ausstellungen gehören zu dem spannenden Projekt. Freitag von 20 bis 24 Uhr, Sonnabend von 14 bis 1 Uhr, Sonntag von 14 bis 19 Uhr.

Zum Auftakt des Charite-Strikes trat eine Theatergruppe auf, die mit einem Stück ihre Solidarität zum

Ausdruck brachte und den Streikenden Mut für den Arbeitskampf machen wollte: „Raus bist Du noch lange nicht“ - Geschichte einer Betriebsbesetzung. Bei „48-Stunden-Neukölln“ tritt die Truppe am Sonnabend zweimal auf: 17 Uhr Richardplatz, 20 Uhr Braunschweiger Straße 18.

Umstritten ist, dass vom Veranstalter erstmals ein Wettbewerb zur Bewertung der teilnehmenden Projekte veranstaltet wird. Dafür hat eine Jury 48 „Highlights“ ausgewählt, von denen 42 Events um den Publikumspreis konkurrieren, sechs weitere ausgewählte Veranstaltungen außer Konkurrenz, die vielen weiteren und spannenden Kunstaktionen unter „ferner liefen“. Aber gerade diese Aktivitäten machen die „48-Stunden-Neukölln“ aus.

Sommerkino: Streikerfahrungen

„Wir hätten besser vorbereitet sein müssen“, sagte Hüseyin Akyurt, Betriebsrat bei Bosch-Siemens in Spandau.

Der Auftakt zum „Politischen Sommerkino in Neukölln“ wurde zu einem Erfahrungsaustausch aktiver Gewerkschafter. Der Film „Es geht nicht nur um unsere Haut“ von Holger Wegemann gab einen intensiven Einblick in die ereignisreichen Streiktage im Spandauer Bosch-Siemens-Hausgeräte- werk vor fünf Jahren. Die Belegschaft wehrte sich gegen die von der Geschäftsleitung beschlossene Schließung ihres Betriebes. Die Kamera war hautnah dabei, als eine „normale“ Betriebsversammlung über 16 Tage hinweg durchgeführt wurde, was quasi einem Streik zur Abwendung der Betriebsschließung entsprach. Politische und menschliche Konflikte und Stimmungsschwankungen wurden sichtbar. Auch der Konflikt zwischen „offizieller“ Gewerkschaftspolitik der IG Metall und den Erwartungen der Kollegen vor Ort. Ergebnis: Das Spandauer Werk wurde 2006 nicht geschlossen, doch der Erfolg wurde



Foto: Franziska Lorenz-Hoffmann

Nach 81 Minuten Filmdokumentation standen die Erfahrungen der Akteure des Kampfes um die Arbeitsplätze im Bosch-Siemens-Hausgeräte- werk im Mittelpunkt der Diskussion mit dem Betriebsrat Hüseyin Akyurt.

teuer mit dem Verlust von Arbeitsplätzen erkaufte. Jetzt steht die Produktion in Spandau nach fünf Jahren vor der endgültigen „Abwicklung“. Wertvoll bleiben die Erfahrungen aus diesem Kampf. Der Film ist ein Dokument des Klassenkampfes, ohne jeden Schnörkel. Und wichtig sind die Erinnerungen der Akteure, des Betriebsrates ebenso wie des Machers der Streikzeitung, die täglich aktuell über den Konflikt informierte und damit zu einem Organisator der Solidarität weit über den „Standort Spandau“ hinaus wurde.

Der Auftakt zum Politischen Sommerkino der Neuköllner LINKEN ist vielversprechend und weckt Interesse. Am 24. Juni geht es in dem nur 22 Minuten langen Film „Was geht mich das an?“ um (Mehrfach-) Diskriminierung im Kreuzberger Alltag. Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus, Behinder- tenfeindlichkeit werden in den Fokus genommen. Der Film des Projektes Glad e.V. soll dazu beitragen, die Akzeptanz gegenüber unterschiedlichen Lebensentwürfen zu erhöhen und sich gegen Diskri-

minierung einzusetzen und nicht wegzuschauen.

Soziale Verdrängung am Beispiel des berühmtesten Stadtteils Hamburgs steht am 29. Juli im Mittelpunkt des Films „Empire St. Pauli“ von Irene Bude und Olaf Sobczak. „Die Leute raus – Mieten hoch – ganz normal Kapitalismus – oder wie sagt man“, beschreibt ein Interviewter die Entwicklung. Ein Ausblick in die Neuköllner Zukunft? Das Politische Sommerkino beginnt jeweils um 19 Uhr bei der Neuköllner LINKEN, Richardplatz 16.

Neu-Köllnisch

JUNI/JULI 2011

Neu-Köllnisch erscheint 10 x im Jahr

Herausgeber: DIE LINKE,

Landesverband Berlin

Auflage dieser Ausgabe: 3.500

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln

Richardplatz 16, 12055 Berlin,

Tel./Fax: 030-6135919

Redaktionsschluss: 15.6.2011

Beiträge für die nächste Ausgabe

bitte bis zum 23.7.2011

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen.



Foto: KDH

JobCenter jetzt zum Ortstarif erreichbar

Das Berliner Arbeitslosenzentrum teilt mit, dass die JobCenter ab sofort zum Ortstarif erreichbar sind. Die teure 0180-Nummer entfällt. Die Servicecenter sind von Montag bis Freitag von 9 bis 18 Uhr erreichbar. Die Telefonnummer für Neukölln: 030-5555 79 2222.

Weitere Informationen unter www.berlin.de/jobcenter sowie www.beratung-kann-helfen.de

Pädagogen statt Wachschutz

DIE LINKE fordert, das Geld für Sozialarbeit auszugeben

An 17 Neuköllner Schulen sind gegenwärtig private Wachschutzfirmen im Einsatz. Geht es nach SPD, CDU und Grünen, dann soll das so weiter gehen.

Der umstrittene Einsatz privater Wachschützer war im Dezember 2007 in Neuköllner Schulen eingeführt worden. Nur DIE LINKE verlangte seither beharrlich nach einem ausschließlich pädagogischen Konzept zur Gewährleistung der Sicherheit an Schulen.

Kurz vor Ende der Wahlperiode beschloss nun die BVV, den im Sommer 2008 gestellten Antrag der Linksfraktion nach einem Alternativkonzept abzulehnen. Schulstadträtin Franziska Giffey (SPD): „Der Wachschutz an den Schulen hat sich als erfolgreiches Modell bewährt.“ Auch Christina Schwarzer (CDU) und Bernd Szczepanski (Grüne) sprachen sich für den Wachschutz aus. Dagegen argumentierte Sylvia Stelz (DIE LINKE): „Als er eingeführt wurde, war er als Notlösung gedacht, nicht als Dauermaßnahme.“ Das Bezirksamt solle endlich neue pädagogische Konzepte

zur dauerhaften Lösung von Gewaltproblemen an Schulen vorlegen. Das Thema bleibt auf der Tagesordnung. Im Programm der Neuköllner LINKEN heißt es dazu: „An allen Neuköllner Schulen wollen wir Schulstationen der Jugendhilfe einrichten, die regel-finanziert werden. Private Sicherheitsdienste an Neuköllner Schulen lehnt DIE LINKE ab, weil sie keinen pädagogischen Beitrag für die Schule leisten. Die Gelder, die bisher für private Sicherheitsdienste ausgegeben wurden, sollen für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter eingesetzt werden.“

KDH

Neuköllner Schulen vorn

Neuköllner Schulklassen haben mehrere Preise bei Wettbewerben gewonnen.

Die Klasse 5b der Regenbogen-Schule hat einen vorderen Platz im Schülerwettbewerb der Bundeszentrale für politische Bildung belegt und ein Preisgeld von 250 Euro gewonnen. Den mit 3000 Euro dotierten Umweltpreis des Bezirksamtes Neukölln gewann die Umwelt-AG der Peter-Petersen-Schule für ein Nachfüllsystem für Patronenfüller. Die Heinrich-Mann-Schule war im Wettbewerb des mit 1000 Euro ausgeschriebenen Deutschen Klimapreis 2011 der Allianz-Umweltstiftung erfolgreich.



Foto: DIE LINKE Neukölln

Tatort Niedriglohn

Jutta Krellmann, Sprecherin für Arbeit und Mitbestimmung der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Gudrun Giese, Autorin von Schwarzbuch Lidl, und Betroffene aus dem Niedriglohnsektor stellten am 23. Mai die Broschüre „Tatort Niedriglohn“ vor. Anhand konkreter Beispiele und Original-Tönen wird darin aufgezeigt, warum ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 10 Euro in Deutschland längst überfällig ist. Die Broschüre liegt vor in der Neuköllner Geschäftsstelle der LINKEN am Richardplatz 16.

DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zu Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die Beratungen finden jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße) statt. Für Nachfragen und zur Terminmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de) gerne zur Verfügung.

Erzieherinnenbedarf in Neukölln herunter gerechnet

In Neukölln sind noch viele Erzieherinnenstellen an Grundschulen unbesetzt.

Mitte Mai fanden die Auswahlverfahren für die Einstellung von Erzieherinnen an den Berliner Grundschulen statt. Der in Neukölln zu diesem Zeitpunkt bestehende Bedarf beläuft sich auf 63 Stellen. Vorgesehen ist aber, wie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im Neuköllner

Bezirksinfo mitteilt, nur die Besetzung von 20 Stellen. Begründet wird dies mit den offiziellen Zahlen der Oktober-Statistik, aus denen sich für Neukölln 22 Neueinstellungen ergaben. Der in der Zwischenzeit entstandene Bedarf von weiteren 41 Neueinstellungen blieb in dieser Einstellungsrunde unberücksichtigt. Noch vor Schuljahresende sollen weitere Einstellungen vorgesehen sein. Die GEW besteht auf der Forderung für Neukölln, dass alle offenen Stellen besetzt werden müssen.